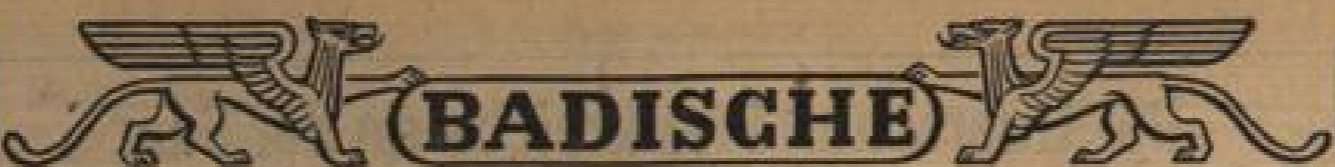


# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1952**

24 (30.1.1952)



# NEUESTE NACHRICHTEN

## Ölfunde in Schleswig

Hamburg (AP). Ergiebige Ölfunde auf beiden Seiten der dänisch-deutschen Grenze in den letzten Tagen haben die Aufmerksamkeit von Geologen und Erdölgeologen auf die deutsche Nordseeküste gelenkt.

Man schließt aus diesen Funden, daß sich entlang der Küste von Schleswig bis hinauf nach Dänemark eine ganze Reihe von „Öltauchen“ befinden, deren Ausbeutung sich durch Qualität und Menge lohnen würde.

Erit vor einigen Tagen hatte die Deutsche Erdöl AG in der Gegend von Heide durch Probebohrungen in 1800 Meter Tiefe ein großes Erdölager festgestellt, das sich über mehrere Quadratkilometer erstreckt. Genaue Messungen über den Umfang werden noch durchgeführt.

Die Funde in Dänemark waren von einer amerikanischen Erdölgesellschaft gemacht worden, die dort schon seit 18 Jahren nach Öl sucht.

## Erweiterter Atom-Informations-Ausschuss

Washington (AP/dpa). Neben einer Neuvision von etwa 5 bis 6 Milliarden Dollar in der erweiterten Atomenergieprogramm der USA und der Neuanstellung von 7000 Wissenschaftlern und Technikern für die Vorarbeiten der Atomenergiekommission der USA, Gordon Dean des erweiterten Ausschusses über Atom-Informationen zwischen den USA und Kanada bekannt. Außerdem beginnt die USA-Marine mit dem Umbau von zwei schweren Kreuzern für den Abschluß von ferngelenkten Geschossen.

## 300 Millionen Dollar für Großbritannien

### Schatzkanzler Butler verkündete „eisernes“ Sparprogramm

London (AP/dpa). Die Vereinigten Staaten haben sich entschlossen, das britische Verteidigungsprogramm mit einem Betrag von 300 Millionen Dollar (1.200.000.000 DM) zu unterstützen. Dies gab der Direktor des Amtes für gegenseitige Sicherheit (MISA) Averell Harriman bekannt. Das Geld, das dem amerikanischen Auslandshilfsfonds von 7,3 Milliarden Dollar entnommen wird, wird für den Ankauf von Rohstoffen und Einzelteilen verwendet werden.

Am Dienstagmorgen trafen Churchill und seine Kabinettkollegen die letzten Vorbereitungen für die Unterhausrede am gestrigen Nachmittag. In dieser Sitzung hat Schatzkanzler Butler seine in großer Spannung erwartete Rede gehalten, in der er sein Sparprogramm verkündete. Dieses Programm, dessen Maßnahmen dem Gedächtnis eines jeden Briten empfindlich treffen ist, das größte der britischen Finanzgeschichte und zielt auf die Einsparung von 150 Millionen Pfund Sterling (1,75 Mrd. DM). Es umfaßt Pläne zur Exportsteigerung, deren zufolge eine Reihe von Konsumgütern praktisch aus den britischen Schaufenstern verschwinden werden. Darunter fallen Rundfunkgeräte, Fernsapparate und Fahrräder. Ferner sollen durch Einsparungen im Personalstand der Regierung Tausende von nicht auf Lebenszeit angestellten Staatsbediensteten entlassen werden. Über das Programm wird am Donnerstag abgestimmt werden.

In London scheint sich die Ansicht durchzusetzen, daß der Regierungswechsel in Ägypten

## Neues in Kürze

Der frühere Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning, reiste nach den USA zurück. Er hat noch Verpflichtungen an der Harvard-Universität in Cambridge (Mass.). Im September will er endgültig nach Köln übersiedeln.

Der zweite ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes findet vom 7. bis 11. Juli in Berlin statt. Dabei sollen der Bundesvorstand des DGB neu gewählt und die Richtlinien der künftigen Gewerkschaftspolitik festgelegt werden.

Bewerbungen für eine nächtliche deutsche Luftfahrt sind zur Zeit noch zweifelsfrei, teilt das Bundesverkehrsministerium mit.

Das Bundesverfassungsgericht wird am 20. Februar über die von den Innenministern der Länder Nordhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und vom Senat der Hansestadt Hamburg erlassenen Verordnungen gegen die kommunistische Volksbefragung über die Remilitarisierung befinden.

Der Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche lagt am 11. Januar in Berlin-Spandau. Den Vorsitz führt Pfarrer Martin Niemöller.

Ungarn hat die Retention von Fett, Margarine und Öl am Dienstag aufgehoben (AP).

In einer äußerst entspannten Atmosphäre gab der französische Generalresident in Tunisien, Jean de Hauteclocque, am Dienstag seinen Überzeugung Ausdruck, daß die gegenwärtige Krise durch Verhandlungen gelöst werden könnte (AP).

Der amerikanische Oberste Gerichtshof hat am Montag entschieden, daß die Befugnisse der Regierung zur Deportation deutscher Staatsangehöriger als feindliche Ausländer mit der offiziellen Beendigung des Krieges mit Deutschland am 11. Oktober vergangenen Jahres hinfällig geworden seien (AP).

Der japanische Ministerpräsident Shigenobu hat am Dienstag in Rangun die achte Plenarsitzung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten eröffnet. An der Sitzung nahmen die Vertreter von 22 Nationen teil (AP).

Bei einem Treffen japanischer Unternehmer erklärte ein Anführer der sowjetischen Mission in Japan, die Sowjetunion wünsche ein Handelsabkommen mit Japan (dpa).

## England und Amerika werden eingeschaltet

### Das Bundeskabinett faßte in der Saarfrage noch keine Beschlüsse

Drahtbericht unserer Bonner Redaktion

Bonn. — Das Bundeskabinett erörterte gestern den Bericht Staatssekretärs Hallstein über seine Besprechungen mit Außenminister Schuman wegen der Grandval-Krise. Das Kabinett wird seine Besprechungen fortsetzen und am Donnerstag auch mit den Vertretern der Regierungsparteien über die Verschiebung der großen Bundestagsdebatte am 7. Februar beraten.

Der Kanzler wird Verhandlungen mit England und Amerika über eventuelle Lösungsmöglichkeiten der neuen Saarfrage aufnehmen. Die Bundesregierung betrachtet, wie Staatssekretär Hallstein vor der Presse darlegte, den Fall Grandval als kein einzelnes Ereignis, sondern als Ausdruck planmäßiger Vorwärtstakte der Friedensverträge vorbehaltenen Regelung an der Saar. Sie betrachtet weiter in dem Weiterbestehen undemokratischer Zustände an der Saar ebenfalls einen Verstoß gegen die Vereinbarungen zwischen dem Kanzler und Außenminister Schuman, und so dürfte man auf der deutschen Seite zur Lösung des Konflikts den klaren Verzicht auf jede Vorwärtstakte der andern Seite und die Aufhebung der undemokratischen Parteigesetze an der Saar und das Recht der freien Meinungsäußerung der Saarländer verlangen.

Dr. Hallstein betonte dazu, daß die Eröffnung der bevorstehenden Verhandlungen des Kanzlers mit den angelsächsischen Mächten hält man es in Bonn für möglich, daß die große Bundestagsdebatte doch noch am 7. Februar durchgeführt werden kann. Man hofft bis zu diesem Termin günstige Lösungen.

Die Reise des Staatssekretärs Dr. Lenz nach Paris, die am vergangenen Montag erfolgte, stand nicht im Zusammenhang mit der Ernennung Grandvals, wie ein Regierungssprecher erklärte. Dieser demitierte aus der Meldung, daß Dr. Lenz seinen Brief Adenauers an Schuman überbracht habe.

## UN-Wahlkommission für Deutschland

Paris (AP/dpa). Der zweite Politische Ausschuß der Vereinten Nationen hat am Dienstag Brasilien, Island, Pakistan und Holland als fünf Mitgliedstaaten der neutralen Kommission beauftragt, die in West- und Ostdeutschland die Voraussetzungen für die Ab-

haltung der gesamtdeutschen Wahlen überbrücken soll. Polen hatte abgelehnt.

Im ersten Politischen Ausschuß der Vollversammlung wurde die Sowjetunion der Verletzung des sowjetisch-chinesischen Freundschaftsvertrages von 1945 für schuldig befunden. Kurz davor hatte der amerikanische Delegierte Cooper kategorisch und nachdrücklich deklariert, daß die USA die von Burma aus operierenden nationalchinesischen Truppen unterstützen. Der sowjetische Delegierte Malik hatte behauptet, daß die Nationalchinesen von amerikanischen, Generalen und Stabsoffizieren befehligt würden.

## Schwerbeschädigten-Gesetz kommt

Bonn (AP). Das Bundeskabinett hat gestern ein Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter in der Wirtschaft verabschiedet. Das Gesetz wird jetzt den parlamentarischen Instanzen zugeleitet werden.

Nach diesem Entwurf müssen Betriebe mit zehn Arbeitsplätzen einen Schwerbeschädigten einstellen. Betriebe mit mehr als zehn Arbeitsplätzen müssen sechs Prozent der vorhandenen Stellen mit Schwerbeschädigten besetzen. Verwaltungsbehörden, Versicherungen, Banken und ähnliche Unternehmen müssen zehn Prozent ihrer Arbeitsplätze Schwerbeschädigten zur Verfügung stellen.

Bei Nichtbefolgung dieser Vorschriften sind Geldstrafen und Zwangsarbeitsverhältnisse vorgesehen.

Nach den Angaben des Sprechers gibt es im Bundesgebiet 780 000 Schwerbeschädigte und 105 000 durch Arbeitsunfall Schwerbeschädigte.

## Flüchtlingshepar ermordet

Geiselhöring (Niederbayern) (dpa). In einer sinnlos gelegenen Holzütte am Waldrand von Neuhofen bei Geiselhöring in Niederbayern fand der Landpostbote den 80 Jahre alten Heimatvertriebenen Reinhold Stark und seine 60 Jahre alte Frau Pauline ermordet auf.

Die Toten lagen in einer Blutlache zwischen ihren Betten und hatten Stichverletzungen in Brust und Bauch. Neben ihnen lag ein schwarzes Paket. Die Spuren der noch unbekanntem Täter führen, nach Angaben der Polizei, in den nahen Wald.

## Die SPD fordert Sozialgemeinschaften

### Zwölf Milliarden DM als Entschädigung für die Kohlen- und Stahlunternehmen

Bonn (dpa). Gestern wurden in Bonn zum erstenmal Einzelheiten über einen sozialdemokratischen Gesetzentwurf zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus und der eisenschaffenden Industrie bekanntgegeben.

Das wichtigste Merkmal des Entwurfs, der in Kürze dem Bundestag vorgelegt werden soll, ist der Begriff „Sozialgemeinschaft“, die jedes sozialisierende Werk bilden soll. An die Stelle des bisherigen Privatkapitalismus soll kein Staatskapitalismus treten, sondern ein neuer Gemeinschaftseigentümer.

An der Spitze der „Sozialgemeinschaft“ sollen ein kaufmännischer, ein technischer und ein Arbeitsdirektor stehen, die durch einen aus elf Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrat beaufsichtigt werden. Der Verwaltungsrat entspricht dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft. Der „Grundstock“, über den die Sozialgemeinschaft verfügen soll, entspricht dem Aktienkapital. Vier Mitglieder des Verwaltungsrats, davon zwei Betriebsangehörige, sollen der zuständigen Industriegewerkschaft angehören. Ein Mitglied soll vom Land, eins von der Gemeinde und eins von der Direktion der Sozialgemeinschaft gestellt werden. Die restlichen



Agyptische Polizei geht vor

Unser Bild zeigt drei Agyptische Polizisten bei der Festnahme von zwei Demonstranten bei den Unruhen in Kairo. Sie handeln sich am Angehörigen der militanten Agyptischen Fraternisationsorganisation „Fikhr al-Nur“. Sie hatten vor dem egyptischen Bankhaus „Banque du Caire“ das Publikum für mehr als anderthalb Stunden an Betreten des Hauses verhindert. Erst auf Protest des britischen Konsulats gingen Agyptische Polizisten gegen die Demonstranten vor.

## Das große Gespräch

F. L. Den Beschluß des Freiburger Stadtrats, bei den Arbeiten für die Besatzungsmacht nicht mehr mitzuarbeiten, kann man verstehen. Sollen sie doch, da sie ohne uns auskommen können, Flugplätze anlegen und Munitionslager zu erweitern, leben, wie sie allein weiterkommen!

Wir haben aber gestern in der Antwort des französischen Stadtkommandanten auch gelesen, was die Gegenseite davon denkt: Die Freiburger Stadträte seien zwar bereit, die Vorteile der Gemeinschaft und Sicherheit des Westens, nicht aber die damit verbundenen Lasten auf sich zu nehmen.

Was soll man dazu sagen? — Nun, das ist ein typischer Fall von Aneinander vorbeireden. Die Freiburger und wir alle in Westdeutschland sind gar nicht so unvernünftig, wie dieser Franzose und viele Angehörige der Westmächte glauben.

Aber man hat uns auf die Palme gebracht. Im Jahre 1945 wurde es noch als eine Fügung hingenommen, daß die Besatzungsmacht tut, was sie für richtig findet. Seit dem vergangenen Jahre und vor allem im Zusammenhang mit der Angelegenheit der „Landberger“, deren Verurteilung man so unendlich lange hinweg ist, es bei uns allgemeine Forderung geworden, daß nicht nur allseitige Rechte zu beachten ist, sondern auch das deutsche Rechtsgefühl, und daß man, wenn diese beiden Formen miteinander in Widerstreit geraten, durch gegenseitige Beratung und Vermittlung zu einer allgemein menschlichen Verständigung und Einsicht kommen muß und kann.

Es ist im Leben der Völker nicht anders als in dem eines jeden Menschen. Der zu Ende gehende Januar bringt uns nicht nur Schnee und Frost, sondern er läßt uns mit der anhebenden Fastenzeit auch einen neuen Hauch von Lebensmut und Daseinsbejahung verspüren. Das tiefste Dunkel ist überwunden, die steigende Sonne verpricht neues Selbstgefühl.

Dem deutschen Volk ergibt es nicht anders. Das Jahr 1945 liegt bereits im tiefen Tal, und wir sind schon ein beachtliches Stück am Abhang zu neuen Ausblicken emporgeritten.

Wer sich so wie das deutsche Volk im Stumpfe des Tals mit den Drachen seiner jüngsten Vergangenheit hat herumzermalen müssen, schaut nicht gerne zurück. Er will hinaus zum Licht und sucht Freunde, die ihm dabei helfen.

Deshalb darf man diesem Volk nicht bei jeder unpassenden Gelegenheit die Sünden seiner Regierenden aus der Zeit Hitlers vorhalten.

Man müßte es in diesem Jahre 1952 endgültig erkennen, daß wir nicht deshalb besitzungslos wurden, weil wir böswärtige Menschen oder verkappte Nazis sind, sondern weil sich das mit unserem Selbstbewußtsein nicht mehr verträgt. Die Europäer und Amerikaner sollten sich im Gegenteil darüber freuen, daß dieses Volk wieder etwas auf sich hält. Denn Nationen, die so denken, werden nicht zur leichten Beute eines Stalin.

Die Lehre, welche die Amerikaner, Engländer und Franzosen aus China, Persien und Ägypten ziehen müssen, ist die: Man darf nicht überschätzlich und kurzschichtig auf seiner Rolle als Kolonial- und Finanzmacht beharren, man darf nicht nur mit den Regierenden auf dem Darfuß stehen, sondern man muß auch den Völkern durch Taten zeigen, daß man ihr Freund ist.

Mit anderen Worten: Das Besatzungsstatut und alles das, was damit zusammenhängt, muß fallen, das besiegte Volk, die durch eine Besatzung an die Kundsche genommenen Nation muß gleichberechtigt werden.

Das ist die eine Forderung. Die zweite richtet sich an uns selbst.

Wir, die Deutschen, müssen wissen, was wir wollen.

Das ist doch nicht der Fall. Es herrscht zwar zur Zeit eine große Diskussion. Die geht um die Frage Verteidigungsbeitrag oder nicht.

Das ist aber nur eine Einzelheit, allerdings eine sehr bedeutungsvolle in der großen Aussprache, die geführt werden muß.

In deren Mittelpunkt dürfte keine Frage stehen, sondern eine Forderung. Die müßte lauten: Das deutsche Volk fordert die Gleichberechtigung. Da liegt nämlich alles andere darin: Die Beseitigung des Besatzungsstatuts, der überflüssige Friedensvertrag, der spätere Abzug der fremden Truppen.

Entweder wir sagen ja dazu, dann müssen wir es auf uns nehmen, die Freiheit, die man uns gibt, im Ernstfall selbst zu verteidigen. Dann müssen wir genau so handeln wie die Schweiz oder Schweden.

Oder wir sagen: Das ist zu krän — worüber man sich sehr gut unterhalten kann —, dann bleiben aber nur die beiden Lösungen; entweder der bestehende, unbefriedigende Zustand oder die Annahme der Stillständigen Forderung mit dem Zurück auf das Abkommen von Potsdam. Das wäre dann eine Neutralisierung Deutschlands mit dem Hälbleben, das wir seit 1945 doch schon zu einem großen Teil hier in Westdeutschland log geworden sind und dem endgültigen Verlust der Freiheit, worum es Stalin letzten Endes geht.

Damit es zu dieser großen Aussprache kommt, müssen alle daran Beteiligten die Karten offen auf den Tisch legen.

Die Bundesregierung hat es mit ihrer Forderung auf Aufnahme der Bundesrepublik in die Atlantikpaktorganisation am vergangenen Sonntag getan. Die anderen müssen es noch tun. Die parlamentarische Opposition, vor allem die Sozialdemokratie, muß ganz klar und offen sagen, was sie will und wie sie es will. Und die Frau Wessel, die Heinenmann, die Niemöller und publizistische Organe wie der „Spiegel“ müssen sich offen zu ihren Voraussetzungen bekennen und den Menschen erklären, zu welchen unabsehbaren Folgen es führen könnte, wenn man ihre Politik der Ideologie befolgte. Anders kann es zu dem echten, großen Gespräch nicht kommen, als dessen Ergebnis sich die für Deutschland einzig richtige Entscheidung ergeben muß.



# Zum Tage

U. A. w. g.

Der französische Hohe Kommissar François-Poncet nahm auf einer Pressekonferenz in Tübingen auch Stellung zu den wiederholten deutschen Angriffen auf die Überwachung amtlicher deutscher Stellen und privater Persönlichkeiten durch französische Dienststellen. Er erklärte die Deutschen damit, daß in der französischen Besatzungszone nur 48 Menschen mit der Zensur von Briefen und Ferngesprächen beschäftigt seien und daß im übrigen die Zensur kein Monopol Frankreichs sei. Auch hätten nicht nur die Alliierten Sicherheitsdienste, sondern auch die deutschen Sicherheitsdienste in Deutschland existieren. Er schloß, daß das „Dritte Reich“ eine Vorliebe für diese Beschäftigung hinterlassen habe. Wie mitzuteilen gestehen, daß uns diese Ausdrücke der französischen Höflichkeit Kommissar etwas überrascht hat. Nicht nur deshalb, weil er über den seinerzeit erhabenen Vorwurf, durch die französische Zensur würden auch Personen bespioniert, die weder die Sicherheit der Alliierten gefährden, noch radikaler Umtriebe verdächtig werden könnten, mit französischer Eleganz hinweggeht, sondern weil wir uns zu seiner Feststellung überhaupt keinen rechten Vers zu machen vermögen. Soll der Hinweis auf das Dritte Reich etwa bedeuten, daß auch deutsche Stellen Nachrichtendienste aufgebaut haben? Oder hat der französische Hohe Kommissar kommunistische Spitzelorganisationen dabei im Auge. Warum sagt er dann das aber nicht offen, sondern in dunklen Andeutungen? Oder sollte die ganze Erklärung als eine Art Ablenkung gedacht sein für das eigene Verhalten, das der Begründung mit der Sicherheit wohl kaum standhält, wenn es sich z. B. um die französische Durchforschung von Post handelt, die zwischen den Kabinetten von Freiburg und Tübingen gewechselt wird? Der Schriftsteller François-Poncet besitzt in seinen literarischen Schriften durch die Prägnanz und die Klarheit seiner Formulierungen. Sollte das dem Politiker nicht auch möglich sein? Auf jeden Fall würde es uns interessant interessieren zu erfahren, von wem alles wir zensiert, abgehört und auf unsere Gefährlichkeit hin überprüft werden. Darum: U. A. w. g. (Um Antwort wird gebeten).

## Sozialgemeinschaften

Die öffentliche Meinung wird den Gesetzentwurf zur Umgestaltung der Wirtschaft, den die Sozialdemokratische Partei gestern bekanntlich, sehr genau unter die Lupe nehmen. Damit werden die Antragsteller von vornherein rechnen. Denn die führenden Köpfe in ihrer Partei wissen genau, daß seit Karl Marx und Friedrich Engels, die zum erstmaligen in Deutschland den modernen Kapitalismus die Schuldenfrage stellten, vieles anders geworden ist. Die von den Sozialisten bekämpfte Wirtschaftspolitik hat sich gewandelt, hat sich neue Erfahrungen angeeignet und zeigt heute noch in den Vereinigten Staaten, daß sie in der Lage ist, die größten Probleme zu bewältigen. Damit ist keineswegs gesagt, daß die Kritik an der gegenwärtigen Wirtschaftsform nicht berechtigt sei. Darüber ist man sich in beiden Lagern einig. Die Meinungen gehen erst in der Frage auseinander, was an die Stelle des vorhandenen gesetzt werden soll. Die Erfahrungen, die mit der Planwirtschaft während der beiden Weltkriege und in dem heutigen Rußland gemacht werden, sind nicht gut. In England ebenso wenig. Die SPD wagt darauf hin, daß die bisherigen Privatkapitalismus nicht durch einen Staatskapitalismus abgelöst werden sollte. Allerdings trifft das nicht zu für Kohle und für Stahl. Dieser bedeutsame Wirtschaftszweig soll durch vom Staat bestimmte Direktoren geleitet werden. Vonderhand sind das allerdings nur Vorschläge der SPD. Man weiß aber, daß auch die Bestrebungen der Gewerkschaften in dieser Richtung liegen. Man kann sich aber nur noch nicht denken, wie das von diesen Organisationen ebenfalls geforderte Mitbestimmungsrecht mit der Tatsache von Gemeinschaftspartnern übereinstimmen kann.

## Ullstein redivivus

Kürzlich übergab die amerikanische Oberkommission dem belarischen Rudolf Ullstein die noch vorhandenen Reste der 1934 entlegenen ehemaligen Ullstein-A.-G., die damals das größte europäische Verlagsunternehmen und der modernste Druckbetrieb Deutschlands war. Nach der Zerstörung des zentralen Verlagshauses auf der Kochstraße in Berlin blieb vor allem das Druckhaus Tempelhof, das heute Rudolf Ullstein und seinem Neffen die Grundlage ihrer verlegerischen Tätigkeit bietet. Man erzählt bereits, daß „Ullstein“ in bald wieder ein Begriff des kontinentalen Verlagswesens sein wird, und erinnert sich an die riesigen Objekte des ehemaligen Hauses, die Vossische Zeitung, die Morgenpost, das Magazin „Uhu“, die Koralle, die Große Post und die Berliner Illustrierte, die teilweise ein Auflage von 24 Millionen erreichte. Man kann aber nicht übersehen, daß sich inzwischen doch manches in der Situation Berlin geändert hat. Die exponierte Lage der ehemaligen Reichshauptstadt und ihre besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wie auch die Zerstörung Deutschlands geben eine schlechte Basis für Riesenaufgaben ab. Es wurde festgestellt, daß die Gesamtauflage sämtlicher Westdeutscher Zeitungen nicht einmal die Auflage der bei Ullstein gedruckten „BZ am Mittag“ erreicht, was angesichts einer Arbeiterschlacht von 300 000 nicht verwunderlich ist. So groß auch die Bedeutung des Verlags gewesen ist, 17 Jahre Unterbrechung sind in der heutigen Zeit auch bei stark traditionsgebundenen Unternehmen eine Spanne, die nicht ohne weiteres überbrückt werden kann, jedenfalls nicht allein von der finanziellen Seite her. Die Zellen der großen Presse, wie wir sie einmal hatten und wie sie vornehmlich von dem mit den modernsten Westmethoden arbeitenden Ullstein-Verlag in der Weimarer Republik aufgezogen wurde, scheitern endgültig vorbei zu sein. Es fehlt ihr heute, wie die Erfahrungen mit gewissen „Erderschöpfungen“ eindeutig bewiesen haben, das breite Lesepublikum, das sich klar für die landschaftsgebundene Zeitung entschieden hat.

# Der Querschub Frankreichs an der Saar

Bonn, Paris, die Europaarmee-Verhandlungen und die Auffassung der Sozialdemokratie

Drahtbericht unseres Bonner Dr. A. R.-Redaktionsmitglieds

Bonn, im Januar. An der Vorbereitung der großen, klärenden Bundestagsdebatte über den deutschen Verteidigungsbeitrag durch den Bundeskanzler und die Fraktionen hat sich unerwarteterweise auch die französische Regierung beteiligt — allerdings in keinem positiven Sinn. Sie hat zu der Diskussion in Bonn, die schon lebhaft genug ist, die Ernennung des Trägers der französischen Saarpolitik, Grandvaux zum Botschafter in Saarbrücken beigezweigt und die Schritte der Reaktion Dr. Adenauers auf diesen französischen Schritt erklärt sich dazu, daß die Saar schon in den Schumanplanverhandlungen der neutralisierende Punkt für das Parlament gewesen ist.

Die Aberfordern, die für den Schumanplan gemacht haben, begien gerade beim Punkt „Saar und Schumanplan“ erhebliche Bedenken, die nur durch die Versicherung der Regierung beseitigt wurden, daß sich die Entwicklung an der Saar in deutsch-französischem Einvernehmen in europäischen Geist vollziehen werde. Augenscheinlich steht sich die Bundesregierung durch die Ernennung Grandvaux jetzt gesawuert und die Auffassungen in Bonn und in Paris hinsichtlich der Saar zeigen sich wieder entgegengesetzt.

Nach dem amtlichen Kommuniqué hat der Kanzler die französische Regierung um Auskunft sowohl über die Gründe als auch die Vollmachten des Botschafters Grandvaux ersucht. Bis jetzt bekam man aber nur aus Paris die Gründe der Ernennung zu hören, nämlich, daß es sich um eine längst beschlossene Angelegenheit handle, die aus Budgetgründen jetzt habe vollzogen werden müssen. Über die Befugnisse jedoch Grandvaux als Botschafter ist nichts verlautet. Es wird aber mit Sicherheit behauptet, daß dieser Botschafter etwas ungewöhnlicher Art sein werde, denn er soll gewisse Votivvollmachten gegenüber Regierungen haben. Das entscheidende jedoch ist, daß die Entsendung eines Botschafters zur Saarregierung für diese genau das gleiche bedeuten soll wie die bevorstehende Ernennung von Botschaftern der Westmächte bei der Bundesrepublik, die Anerkennung einer völkerrechtlichen Souveränität.

Frankreich will fortan das Saarland als einen selbständigen Staat in Europa betrachten, wie es den Anschein hat. Es ist möglich, daß dieser Schritt einem früheren Abkommen unter dem Westmächten entspricht. Es ist sicher, daß er der Vereinbarung widerspricht, daß nichts geschahen soll, was eine endgültige Regelung vorgezogen kann.

Auf dieser Vereinbarung beruht die Außenpolitik des Kanzlers und ruht die Zustimmung der Bundestagsmehrheit zu dieser Politik. Es ist immer ein Mißtrauen im Bundestag nach geblieben, daß die französische Politik dennoch ihre alte Saarpolitik weiter verfolgen werde. Wenn sich dieses Mißtrauen zur Gewißheit verdichten sollte, wäre die Mehrheit im Parlament für die außenpolitischen Entscheidungen der Regierung nicht mehr vorhanden. Diese Mehrheit ist an sich schon für den Verteidigungsbeitrag zwar wahrscheinlich, aber nicht unbedingt gesichert. Denn die von der anderen Seite gedrückte Verbindung von Europaarmee und Generalvertrag zeigt sich nun in umgekehrter Weise auch im Bundestag. Wie der Westen erklärt hat, daß es ohne ein deutsches Europaarmeekontingent keine Ableitung des Besatzungsgeldes im Generalvertrag geben werde, sind die Koalitionsparteien der Auffassung, daß es ohne eine wirkliche Beendigung der Besatzungsverhältnisse in dem Generalvertrag keine deutschen Europaarmeen geben könne. So wird kaum mehr über die in Paris von dem Abgeordneten Blank verhandelten militär-technischen Einzelheiten debattiert. Im Mittelpunkt der Beratungen der Regierungsparteien steht die Frage, ob die im Generalvertrag zusammengefaßten Verträge eine echte Gleichberechtigung sichern werden.

Die Sozialdemokratie geht auf die Einzelheiten der europäischen Armee nicht ein. Sie richtet ihren Frontalangriff gegen die Bundesregierung in der Frage der Neuwahl des Bundestages vor einer parlamentarischen Entscheidung über deutsche Soldaten und in der Forderung dieser Entscheidung nur mit Zweidrittelmehrheit, das heißt praktisch nur mit den Stimmen und nicht gegen die Stimmen der SPD zu treffen.

Der Kanzler hat diese Forderungen schon in aller Öffentlichkeit abgelehnt und so werden alle weiteren Gespräche zwischen ihm und der SPD nur noch zur Feststellung unüberbrückbarer Gegensätze führen können. Die Frage ist nicht mehr, ob diese Kluft überwunden werden kann, sondern nur noch, was geschehen kann, um sie nicht zu einem glänzenden Abgrund zwischen Mehrheit und Opposition im Parlament und vielleicht nicht nur in diesem werden zu lassen.

So wird die zweitstärkste Partei im Bundestag, die sich nach den letzten Wahlergebnissen für die stärkste Partei im Lande hält, sich einem Abkommen über deutsche Soldaten in diesem Zeitpunkt und in den vorgesehenen Formen widersetzen. Die Macht dieser Opposition ist groß. Sie kann durch solche Ereignisse wie den Querschub an der Saar noch größer werden und hierin der Haltung des Kanzlers gegenüber diesem französischen Schritt steht sehr klare Bewußtsein, daß er ohne diese Haltung keine Bundestagsmehrheit für ihn geben kann.

# Verfassungsgericht muß zur Ehe Stellung nehmen

Ist das württembergische Polizeistrafesetzbuch mit dem Grundgesetz vereinbar?

Karlsruhe (Eig. Ber.). Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts wird sich in nächster Zeit mit der grundsätzlichen Klärung der Frage zu befassen haben, ob eheähnliche Gemeinschaften, die lediglich aus wirtschaftlichen Gründen aufrechterhalten werden, als Konkubinatsverhältnisse zu betrachten sind.

Im Kreise Um war ein sudetendeutscher Heimvertriebenen auf seinen Wunsch in die Wohnung einer Flüchtlingswitwe mit drei Kindern eingewiesen worden. Die beiden besichtigten, zu heiraten. Aber dann hätte die Frau auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ihre Witwenrente verloren und das Einkommen des zu 80% erwerbsbeschränkten Mannes allein hätte nicht ausgereicht, um den Unterhalt für eine fünfköpfige Familie zu bestreiten. Also mußte die Eheschließung lediglich aus diesen rein wirtschaftlichen Gründen unterbleiben. Und als daraufhin eine Anzeige wegen Konkubinats erstattet wurde, verurteilte das Friedensgericht in Um die beiden Heimatvertriebenen zu einer in eine Geldstrafe umgewandelten Haftstrafe von je sechs Tagen. Es stützte sich dabei auf eine Bestimmung des württembergischen Polizeistrafesetzbuchs aus dem Jahre 1911 in, nach der in fortgesetzter außerehelicher Geschlechtsgemeinschaft lebende

Personen im Falle der Erregung öffentlichen Argersnisses mit Haft bestraft werden und zu trennen sind.

Das als Berufungsinstanz angerufene Friedensobergericht in Um hatte jedoch Zweifel, ob diese über 80 Jahre alte Bestimmung nicht gegen das Bonner Grundgesetz verstöße. Gemäß Artikel 109 des Grundgesetzes, wonach Gerichte, die ein von ihnen anzuwendendes Gesetz für verfassungswidrig halten, eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen haben, setzte es daher das Verfahren aus und legte die Sache über das Oberlandesgericht Stuttgart dem Bundesverfassungsgericht zur grundsätzlichen Entscheidung vor.

## DRK übernimmt Suchdienst

Freiburg (Eig. Ber.). Der Staatliche Suchdienst im Lande Südbaden wurde aufgelöst. Seine Aufgaben übernimmt der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes.

## Wirth will beginnen

Freiburg (dpa). Der frühere Reichskanzler Dr. Joseph Wirth, der kürzlich in Ostberlin mit Sozialdemokraten zusammenkam, wird heute in Freiburg seine angekündigte Vortragsreihe über seine Ostberliner Gespräche beginnen.

## Lehr ausgeschieden

Freiburg (Eig. Ber.). Das Vorstandsmitglied der Partei, Albert Maria Lehr, Freiburg, der gleichzeitig Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg ist, hat seine Vorstandstätigkeit in der CDU niedergelegt.

Wie das Landessekretariat der CDU mitteilt, seien die Spannungen zwischen dem alibiischen und dem Südbadischen Zweig der CDU seit der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am vergangenen Samstag im Abklingen. Die CDU werde bei der Kandidatenaufstellung für die Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung dem Ergebnis der Volksabstimmung vom 9. Dezember Rechnung tragen und auch die Minderheit berücksichtigen.

## Arbeitsgemeinschaft bleibt überparteilich

Mannheim (nk.). Eine Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Badener in Mannheim beschloß, daß die überparteiliche und überkonfessionelle Vertretung von nahezu 30 000 Wählern, die sich am 9. Dezember für die Wiederherstellung Badens ausgesprochen haben, bestehen bleibt. Die Arbeitsgemeinschaft der Badener fordere alle Parteien auf, für die Wahl am 9. März 1952 nur solche Kandidaten zu nominieren, deren heimatnahe, badiische Haltung sich im Wahlkampf bewährt habe und die den Wählern bekannt seien.

# Freiburg arbeitet positiv mit

Stuttgart (Eig.-Ber.). Gestern fand in Stuttgart unter dem Vorsitz von Finanzminister Dr. Frank die erste Aussprache zwischen den Finanzverwaltungen der drei süddeutschen Länder statt. Der südbadische Finanzminister Dr. Eckert war nicht erschienen. Bundestagsabgeordneter Dr. Kopf war sein Vertreter. Dr. Kopf erklärte, Finanzminister Dr. Eckert sei infolge anderweitiger Verpflichtungen verhindert, an der Sitzung teilzunehmen. Ob Minister Eckert bei den künftigen Besprechungen anwesend sein könne, darüber vermöge er keine Auskunft zu geben. An der Spitze der württemberg-badenländischen Vertreter stand Staatsrat Vohwinkel.

Für das Rechnungsjahr 1951 besteht Über-einstimmung darüber, daß in allen drei Ländern baldmöglichst ein Nachtragshaushaltplan aufgestellt werden soll, der aber zu keiner Erhöhung der Haushaltsausgaben führen soll. Bis zur Feststellung des Staatshaushaltsplans 1952 sollen, soweit nach der Landesverwaltung erforderlich, Notausfallgesetze den bisherigen Ländern die Rechtsgrundlage zur Fortführung der Verwaltung geben.

Finanzminister Dr. Frank versicherte abschließend, die Beratung habe sich in einer durchaus sachlichen Form und unter positiver Mitarbeit der südbadischen Vertreter vollzogen.

Die Haushaltsreferenten der drei Länder werden am kommenden Montag in Karlsruhe zusammentreten, um einen Entwurf des Notausfallgesetzes miteinander durchzusprechen und ihn weitgehend aufeinander abzustimmen.

## Helene Wessel gegen Adenauer

Aachen (dpa). Die ehemalige Zentrumsvorsitzende, Frau Helene Wessel, jetzt Präsidialmitglied des Zentrums, wandte sich in Aachen erneut gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag.

Sie nannte die Außenpolitik des Bundeskanzlers eine „Politik der Illusionen“. Die Verkopplung des Generalvertrages mit dem Wehrbeitrag, die unterschiedliche Behandlung Berlins und der Bundesrepublik und der neue Schritt Frankreichs an der Saar zeigten, daß die Alliierten an einer wirklich freien und gleichberechtigten Mitarbeit der Bundesrepublik in der Gemeinschaft des Westens wenig interessiert seien. Diese Politik werde um so verhängnisvoller sein für Europa, je mehr sie mit der Elbe-Linie als der endgültigen Grenze Europas rotiere.

# Ein Wassertank rettete sechs Menschen

Schneefall — Stürme — Überschwemmungen — Buschfeuer

Hamburg (dpa). Starke Schneefälle, Stürme, Überschwemmungen und Buschfeuer in vielen Teilen der Welt haben in den letzten 24 Stunden den Umfang von Naturkatastrophen angenommen.

Die 850 Einwohner zählende Kärntener Gemeinde Windisch-Bleiberg und der dazu gehörende Ort St. Leonard sind seit den letzten großen Schneefällen von der Außenwelt völlig abgeschnitten.

Die quirlenden Wassermassen des Ohio (USA) und seiner von Regenflüssen angeschwollenen Nebenflüsse überfluteten am Montag große Strecken von Ohio und Westvirginia. Mindestens neun Menschen kamen ums Leben, 7000 mußten ihre Häuser räumen. Im Staat Ohio stehen etwa 100 Straßen unter Wasser, so daß der Straßenverkehr teilweise völlig zum Erliegen gekommen ist.

In vielen Teilen Australiens wüsten seit Tagen riesige Buschfeuer. Der Ort Pambula an der Südküste von Neudiswales wird am Dienstag um ein Haar von den Flammen verschlungen werden. Die aus anderen Städten herbeigekommenen Feuerwehrleute konnten Pambula jedoch retten. Zehntausende von Kindern wurden aus dem Gebiet der Südküste von Neudiswales in den Moharr-Bezirk getrieben, wo sie zwei Monate bleiben sollen, bis sich ihre von den Flammen verwüsten Wälder wieder erholt haben. Im Bega-Bezirk haben viele Farmer ihr gesamtes Hab und Gut verloren. Sie wollen in die Städte umsiedeln. In dem landwirtschaftlich geeigneten Bezirk von Riverina brennt der Busch seit fünf Tagen.

Der Nieder Ronald K. Schumaker in Neudiswales sah, als die Flammen sein Besitz umzingelten, für seine Familie keine andere Rettung, als seine vier Töchter Joyce, Jacqueline, Jennifer und Judy und seine Frau Adele kopfüber in einen Wassertank zu tauchen. Nach einer Flucht über 80 Kilometer war die Farmerfamilie schließlich in Sicherheit.

Die Fidichin-Inseln wurden am Montag von dem schwersten Hurrikan heimgesucht, den sie je erlebt. Besonders schwer betroffen

wurde die Stadt Sava auf der Insel Viti Levu. Zwölf Eingeborene sollen ums Leben gekommen und mehrere hundert verletzt worden sein.

In Frankreich forderte die Kälte am Montag vier Menschenleben. In Vie le Comte bei Clermont Ferrand in Mittelfrankreich erfroren zwei Menschen, in Artaix im Rhonetal und in Craul in der Normandie kamen die anderen beiden ums Leben.

Großbritannien, das in diesem Jahr die stärkste winterliche Kälte seit 1847 hatte, verzeichnete am Dienstag eine leichte Milderung des Wetters. Blizzards wüsten aber am Montagabend von einem schweren Schneesturm begleitet. Vier Menschen brachen in dem schnelllebigen Wind zusammen und starben. Bei der Fahrt durch einen Eiskanal in Yorkshire wurden ein Lokomotivführer und der Heizer durch zweifach Meter lange und drei-Zentimeter dicke Eiszapfen verletzt, die von der Tunneldecke herabhängten. Die Straßen sind vereist. Bei Sheffield mußten Schneepflüge eingesetzt werden, um Schneeverwehungen bis zu drei Meter Stärke zu räumen. Die Meteorologen sagten einen Anstieg der Temperaturen voraus.

## Knechtsand für Helgoland

London (dpa). Vom britischen Außenministerium wurde am Dienstag bekannt, daß der große Knechtsand vor Cuxhaven nach einer zwischen der Regierung in London und Bonn getroffenen Vereinbarung an Stelle Helgolands als Ersatz für die Bombenflugzeuge der Royal Air Force dienen wird. Die Inseln würden gegenwärtig noch besprochen.

## Skandinavische Neutralität bleibt

Mallard (AP). Die angesehenen Mallard-Zeitung „Gjennrings Deltat“ berichtet am Dienstag aus Stockholm, daß Danemark, Norwegen und Schweden einen von der Sowjetunion inspirierten Vorschlag für einen „neutralen skandinavischen Block“ abgelehnt hätten. Der Vorschlag sei von dem finnischen Ministerpräsidenten Urho Kekkonen unterbreitet worden.

# Der Teufel im Winterpalais

Erzählung von Walter Bergengreen

Copyright by Arche-Verlag, Zürich, Deutscher Pressevertrieb: Dr. Paul Harang, Tübingen

T. Fortsetzung

„Was für ein dreimal verfluchter Teufel stößt mich denn da und will mich nicht schlafen lassen?“

„Hör auf zu schlumpfen!“ flüsterte der andere nun entsetzt, „wir sind zu einem großen Sünder beten gekommen. Der Teufel steht am Fenster!“

Der andere wandte den Kopf, schrie, sprang auf, daß der Stahl umfiel, und rannte hinaus, der zweite fuß hinterdrein. Biermann hörte es immer noch schreien, die Treppe hinabpollern.

Biermann lachte vor sich hin und dachte noch einige gute Bissen zu sich zu nehmen. Aber nun war es totensilb im Zimmer, und das Wachen der Lichte vor so schwel, und durch die hastige Flucht der beiden war ein Luftzug aufgekommen, der ließ die Kerzenflammen flackern hin und her zucken, und jetzt erschrak Biermann selber vor seinem eigenen Schrecken mit den riesenhafte verzerrten Hörnern und Haarschneiteln, und so schloß er getrocknet an dem Serge vorbei, ohne daß er den roten Wuchter anzusehen gewagt hätte.

In Vorzimmer nahm er seinen Pelz und rannte in plötzlichem Erschrecken die Treppe zu seiner Wohnung hinauf.

Biermann schlief dumpf und tief, und durch seine Träume galoppierten Märchenkönige und Dämonen, schürzten lebende Riesenschildkröten, Mönche, Schützen und Offiziere, und er blieb hin und her Erwachen ein wirres und dennoch beglückendes Nachgefühl, als habe sich aus allen Schrecknissen zuletzt etwas Lieblich-Wohl-tunendes emporgeloben.

Er fürchte sich doch immer nicht recht zu Hause in der Welt, als er sich bereits angezogen und das Teufelskontingent sorgfältig in seinen Kleiderschrank geschoben hatte.

Bald meinte er seine Erinnerung mittrauen zu sollen, bald erschrak er nachträglich vor dem Wagna, das er gewagt, vor dem Gefahren, denn er entgingen war, bald überließ er sich einer stürmischen Trübsinnigkeit, bald hatte er — nun, da das Ereignis hinter ihm lag, dem alle seine Gedanken durch Wochen gegolten hatten — das Gefühl einer Leere, eines Berndes, dem nur mit raschem Aufgreifen und Anzeigen einer neuen Lebensrichtung begegnet werden konnte. Die Empfindung, Dinge setzen und erlebt zu haben, für die er nicht mit aller Verantwortung einstehen konnte, wockte in ihm einen Drang zur Tätigkeit, wie denn die meisten Menschen jede Form von schlechtem Gewissen in gesteigerte Erwerbsleistung umzusetzen geistig sind.

In so vielspaltiger Gemütsverfassung ging er zum Frühstück. Im Esszimmer kam Warwara Nikolofowna ihm entgegengekommen, hochrot vor Aufregung, mit den rutilanten Fingern nervös am fettigen gelblichen Kopftuch herumhand-tierend.

„Väterchen, wie kannst du so lange schlafen! Was für Dinge sind geschehen, während du fort wart — Gott weiß wo! Der Stabskapitän ist gestern gegen Abend gestorben, Gott hat die alte Wuchererlei aus dem kranken Leib fahren lassen!“

„Ich habe davon gehört“, sagte Biermann ein-silbig und setzte sich an den Tisch.

„Väterchen August Iwanowitsch, aber das ist nicht alles. Die Polizei ist gekommen, Inter-Offiziere, bei Gott, ich glaube, es sind Generale gewesen.“

„Zu wem?“

„Heute früh, du mein Süßbrot, ich kam vom Fleischer, Nieren habe ich dir gekauft! Ich stieg gerade die Treppe hinauf, da sehe ich: nichts als Säbel und Ordenssterne vor Kryshownikows Tür.“

Biermann sah auf, neugierig und voller Unbehagen. Es war ihm nun sichtlich, als habe er seit langer Zeit keinen anderen Gedanken gehabt als diesen: Ich war ein guter Junge, habe Späße, getrieben und Dummheiten gemacht, dann aber habe ich einen Strich gezogen und will nun nichts mehr als ein Leben der Ordnung, der Tüchtigkeit und des braven Gewissens — mußte denn in solches Bestreben immer wieder tödend ein Nudhüll dieser Gulejungen-sett hineinstoßen?

„Also die Polizeigeneräle sehen mich, und einer von ihnen, so ein schmauchbärtiger, der ruft: He, da, Aljo, weißt du hier Bescheid?“ — „Wie werde ich denn hier nicht Bescheid haben, Herr Exzellenz“, sage ich, Ich wohne seit vierzehn Jahren in diesem Hause, nur ein einziger, winziger Stockwerk höher.“ — „Gib mal deinen Schlüssel her!“ antwortete der schmauchbärtige, „vielleicht paßt er auch in dieses Schloß.“ — Also ich gebe ihm den Schlüssel, weiß ja jeder von uns nach Gottes Willen der Obrigkeit zu Diensten sein soll. Was ist denn geschweben? frage ich. Drinnen liegt doch ein rechtlichblühiger aufgebahrt, Gott soll ihm das himmlische Reich schenken! Da lacht der schmauchbärtige und sagt: Was geschien ist? Der Teufel ist diese Nacht bei ihm gewesen, der Teufel mit Hörnern und Schwanz und Klauen, das ist geschweben! Und da habe ich mich hektisch und bin heraufgelaufen. So ein Vorfall! kein Müd kann das beschreiben, keine Feder kann das beschreiben!“

„Und die Polizisten?“

„Was da mich auch alles fragt!“ antwortete Warwara Nikolofowna empfindlich. „Wie kann ich das wissen? Sie sind eben hineingegangen, und nach ein paar Minuten sind sie wieder herausgekommen. Die Knie haben mir gestittert. Ja, so war es, mein Lieber.“

Biermann schüttelte den Kopf. Er trank hastig seinen Tee und stand mühsam auf.

Einen Augenblick sah er unschlüssig vor sich hin, dann wollte er in die Werkstatt hindübergehen.

„Väterchen“, sagte die Aljo schreit, „we willst du denn so schnell hin? Eben erst habe ich dir erzählt, was sich begeben hat — du kannst dich doch noch gar nicht ausgewundert haben!“

Biermann schob sie beiseite und ging in die Werkstatt.

Der Aljo schloß die Tür und schloß die Tür auf die Seite geschoben, führte in seinem Tongas und schimpfte den Lehrlingen aus.

„Guten Morgen, Hinrichsen“, sagte Biermann kurz.

„Guten Morgen, Meister“, sagte Hinrichsen und wunderte sich über des Schneiders entschlossenen Gesichtsausdruck.

„Das Bestellbuch bitte“, sagte Biermann.

„Das Bestellbuch, Meister? Warum denn das Bestellbuch?“ fragte Hinrichsen ungläubig.

„Jewohl, das Bestellbuch!“ fuhr Biermann ihn an. „Das Bestellbuch, das Maßbuch, das Kochebuch, das Hauptbuch! Alle Bücher will ich sehen! Dieses Werkstatt hier hat jetzt ein Ende!“

Hinrichsen starrte ihn fassungslos an, bevor er ging, das Verträge zu holen.

„Er will die Bücher sehen! Jetzt schließ! Ich dreizehn!“ dachte er verflüht.

IX

Genau betrachtet, hatte der Aljo schloß Hinrichsen indessen unrecht, denn gerade jetzt

schlug es nicht dreizehn, sondern zwölf, und wie jeden Tag mit dem Glockenschlag zwölf öffnete der diensttuende Flügeladjutant die kaiserliche Kabinettstür, um den Petersburger Oberpolizeimeister Grafen Subinski einzulassen.

Nikolaï der Erste legte Wert darauf, täglich um die gleiche Stunde den mündlichen Rapport des Oberpolizeimeisters entgegenzunehmen. Subinski hatte zur Einholung kaiserlicher Weisungen über alle Vorfälle Bericht zu erstatten, die seinen Amtsbereich angingen, und aus diesen Berichten schöpfte der Kaiser die schmeichelhafte Vorstellung, daß in seiner Residenzstadt nichts ohne sein Wissen geschah, ja daß er sein ganzes riesiges Reich persönlich so genau überschaute, wie wohl ein Gutsherr im Newgordschen Gouvernement seinen Hühnerhof, seine Felder und seine städtig Seelen über-schauen mochte. Es entsag ihm, daß er dabei in den naheliegenden Fehler verfiel, die Stadt Petersburg mit seinem Reich zu verwechseln, welches bekanntlich so groß ist, daß es niemand überschauen kann als Gott und sein heiliger Krampf Michael.

„Guten Morgen, Graf, setze dich!“ sagte der Kaiser und fügte die stets gleichbleibende Frage hinzu: „Was gibt es Neues in Petersburg?“

Nikolaï sah hinter seinem großen Schreibtisch. Das vulkanische Ebenmaß in den Verhältnissen seines mächtigen Körpers ließ seine Gestalt im Sitzen ebenso imposant erscheinen wie im Stehen. Er wollte das, und so konnte er sich oft selbst in entscheidenden Augenblicken das Aufsehen ersparen, das ihm häufig un-angenehmstenfalls bereits Unannehmlichkeiten verursachte. Er trat einen einfachen blauen Überrock ohne Epuletten und Orden; aber obwohl Nikolaï schon ein wenig kurzatmig war, hatte er alle Knöpfe sorgfältig geschlossen, und das fettgewordene Kinn ruhte unbeweglich auf dem hohen gestellten roten Uniformkragen.

(Fortsetzung folgt)







Deutsche Filmdelegation für Cannes

Bonn (dpa). Die Bundesrepublik wird bei den diesjährigen Filmfestspielen von Cannes...

Orson Welles sucht eine „Salome“

Paris (dpa). Orson Welles ist zu einem neuen Besuch in Paris eingetroffen und macht...

Jung gefreit — bald gereut

Berlin (y). Nach den vielen Filmstar-Schredungen in Hollywood wird nun auch mal wieder...

Frau zwischen zwei Männern

Nachwort zum Mordprozess Alfred von Diederichs — Ein Kapitel aus dem deutschen Nachkrieg

München (W). Während Millionen Mädchen vergeblich nach dem Mann ausschauen...

Meine Liebe zu Hilde war so groß, daß man sie mit normalen Maßstäben nicht messen kann...

Erbe der großen Verwirrung

Je weiter wir uns von den sichtbaren Trümmern des Krieges entfernen, um so eindringlicher offenbart sich die Verwirrung...

zogen ihr auf seine Art. Durch die Flucht. Schließlich finden ihn die besorgten Eltern...

Ein Opfer der Beruhigungsmittel

Frau Erna von Diederichs erliegt, wie so viele, der Sucht nach Beruhigungsmitteln...

Alle gegen Jugend

Jetzt, im Gerichtssaal, stehen sie nebeneinander, der Sechszwanzigjährige und der Sechszwanzigjährige...

Als der Junge eines Tages die Wahrheit erfährt über das Verhältnis Hilde zu ihrem Chef...

Die Angst vor dem Einsamkeit

Inzwischen schreibt man das Jahr 1930. Diederichs erkennt, daß er den ungleichen Kampf mit Walzer nicht schwindig wird.

Von der Milchbar zum Theater

Die Londoner Kellnerinnen müssen eine besondere Menschenacht sein. Innerhalb weniger Monate haben zwei Vertreterinnen...

Joan Rice, die noch vor einem Jahr in einem großen Restaurant am Strand hungrige Kunden bediente...

Gleichzeitig aber ist es einer anderen jungen Kellnerin gelungen, die Theaterkritiker Londons in Aufruhr zu versetzen...

Sylvia Rayman's Stück handelt von einigen dieser Mädchen, die in die Hände einer geldgierigen Pensionärin fallen...

Unter Denkmalschutz

Adele Sandrock sollte als Darstellerin für ein Filmstück gewonnen werden, das aber über eine lose Skizzenreihe noch nicht wesentlich hinausgediehen war...

Adèle Sandrock war um zehn Uhr morgens zur Aufnahme in das Atelier bestellt...

Wurde Adèle Sandrock sich zur vollen Größe erhoben. Jetzt, junger Freund? Jetzt sind meine Tage bereits erloschen!

Geist Huber, die aus zahlreichen deutschen Filmen bekannte Schauspielerin...

Volksentscheid über sakrale Kunst

Mit 14.900 gegen 4700 Stimmen lehnten es die Baier bei einer kirchlichen Volksabstimmung...

Heidelberger Zuschuß-Rekord. Einen Ausgaberekord von über 1.400.000 DM bezwungen Oberbürgermeister Dr. Weart...

Kulturnotizen. Der Beirat der Universität Freiburg sprach sich für eine stärkere Förderung der reinen Grundlagenforschung...

Die Session Oberschwaben-Bodensee hat anlässlich des 90. Geburtstages ihres Präsidenten Prof. Otto Dix...

Dichter — Regisseur — Zuschauer

Professor Knudsen über den Weg von der Bühnendichtung bis zur Aufführung

Es ist ein eigenes Erlebnis, einen Mann, der mit seiner Materie völlig verknüpft ist...

Es gibt allen gegenseitigen Behauptungen zum Trotz eine Reihe junger deutscher Dramatiker...

Travens neuer Bestseller

Wieder Rätselraten um den geheimnisvollsten Autor der Welt

London (E. L.). Geheimnisvolle Umstände umgeben den soeben in englisch erschienenen Roman „Aufbruch der Geliebten“...

Südwestdeutsche Umschau. Jahr 30 Wohnungen für Heimatvertriebene baulen. Oberbürgermeister der Stadt hat dafür einige Baupläne zur Verfügung gestellt...

Heidelberger Zuschuß-Rekord

Einen Ausgaberekord von über 1.400.000 DM bezwungen Oberbürgermeister Dr. Weart...

Kulturnotizen. Der Beirat der Universität Freiburg sprach sich für eine stärkere Förderung der reinen Grundlagenforschung...

Die Session Oberschwaben-Bodensee hat anlässlich des 90. Geburtstages ihres Präsidenten Prof. Otto Dix...

Travens neuer Bestseller

Wieder Rätselraten um den geheimnisvollsten Autor der Welt

London (E. L.). Geheimnisvolle Umstände umgeben den soeben in englisch erschienenen Roman „Aufbruch der Geliebten“...

Südwestdeutsche Umschau. Jahr 30 Wohnungen für Heimatvertriebene baulen. Oberbürgermeister der Stadt hat dafür einige Baupläne zur Verfügung gestellt...

Heidelberger Zuschuß-Rekord

Einen Ausgaberekord von über 1.400.000 DM bezwungen Oberbürgermeister Dr. Weart...

Kulturnotizen. Der Beirat der Universität Freiburg sprach sich für eine stärkere Förderung der reinen Grundlagenforschung...

Die Session Oberschwaben-Bodensee hat anlässlich des 90. Geburtstages ihres Präsidenten Prof. Otto Dix...







